



Linguistik-Server Essen

Antje Buer

***„Sprache in der DDR“
und „Sprache der Wende“
als Gegenstandsbereiche der
Sprache- und Politikforschung***

©Redaktion LINSE (Linguistik-Server Essen); Erscheinungsjahr: 2006
Universität Duisburg-Essen, Campus Essen
Fachbereich Geisteswissenschaften Germanistik/Linguistik
Universitätsstraße 12, D-45117 Essen
<http://www.linse.uni-essen.de>

Alle Rechte vorbehalten. Vervielfältigung, Übersetzung, Mikroverfilmung und die
Einspeicherung und Verarbeitung in elektronischen Systemen nur mit ausdrücklicher
Genehmigung der Redaktion gestattet.

Inhaltsverzeichnis

	Seite	
1	Einleitung	3
2	Die „Sprache in der DDR“	4
2.1	Überblick über die Sprache- und Politikforschung zur „Sprache in der DDR“	4
2.2	Forschungsgegenstände und -ergebnisse zu sprachlichen Besonderheiten in der DDR	7
2.2.1	Zur Typisierung der Wortschatzdifferenzierungen	8
2.2.2	Zu Schwerpunkten der Wortschatzspezifika: Wirtschaft und Politik	11
2.2.2.1	Wortschatzspezifika in den Bereichen Wirtschaft und Arbeit	11
2.2.2.2	Wortschatzspezifika in den Bereichen Politik, Ideologie und Propaganda	13
2.2.3	Öffentlicher Sprachgebrauch in der DDR	15
2.2.3.1	Sprachlenkung	15
2.2.3.2	Ideologisierung	16
2.2.3.3	Spezifische sprachliche Mittel	17
2.3	Zusammenfassung	22
3	Die „Sprache der Wende“	23
3.1	Überblick über die Sprache- und Politikforschung zur „Sprache der Wende“	24
3.2	Phänomene des wendebedingten Sprachwandels	25
3.2.1	Wende-Wortschatz	26
3.2.2	Das Verschwinden von Wörtern	27
3.2.3	Neue Wörter	28
3.3	Zusammenfassung	30
4	Resümee	31
	Literaturverzeichnis	33

1 Einleitung

Neben der „Sprache im Nationalsozialismus“ konstituieren die „Sprache in der DDR“ sowie die „Sprache der Wende“ dem Sprachwissenschaftler Heiko Girth zufolge zentrale Gegenstandsbereiche der deutschsprachigen Sprache- und Politikforschung. Als *Gegenstandsbereiche* bestimmt Girth „historisch bedeutsame politisch-gesellschaftliche Konstellationen oder Ereignisse“¹, d.h. der politische Sprachgebrauch im Nationalsozialismus, in der DDR und im Zusammenhang der sog. Wende 1989/90 zählen zu den favorisierten Gegenständen entsprechender linguistischer Untersuchungen.

In dieser Arbeit werden die Gegenstandsbereiche „Sprache in der DDR“ und „Sprache der Wende“ in den Blick genommen, und zwar unter der Fragestellung, in welchem historischen Kontext die sprachwissenschaftliche Beschäftigung in Bezug auf diese Gegenstandsbereiche jeweils stand (bzw., damit verbunden, wie sich die Zielsetzung dieser Forschungen einordnen lässt) und – als Hauptgesichtspunkt dieser Arbeit – welches zentrale Forschungsgegenstände und -ergebnisse dieser Analysen waren.

Am Anfang des ersten Teils steht ein historischer Überblick über die sprachwissenschaftliche Reflexion der (sprachbezogenen) Folgen der deutschen Teilung und der Sprache in der DDR zwischen den 1940er und den 1980er Jahren. Der Hauptakzent sprachwissenschaftlicher Beschäftigung mit der „Sprache in der DDR“ lag zum einen auf Wortschatz-Spezifika (insbesondere der politisch-ideologischen Bereiche), zum anderen auf Charakteristika des öffentlichen Sprachgebrauchs (also typischen Sprachmustern). Dieser Gliederung folgt auch die anschließende exemplarische Darstellung von Forschungsergebnissen.

Der zweite Teil über die „Sprache der Wende“ folgt einer analogen Struktur: Ein kurzer Abriss über die Erforschung der sprachlichen Folgen der Wende ist dem Überblick über den wendespezifischen Wortschatz im engeren Sinne und Tendenzen der folgenden sprachlichen Entwicklung (die im wesentlichen durch das Verschwinden DDR spezifischen Sprachgebrauchs zugunsten westdeutschen Sprachgebrauchs gekennzeichnet wird) voran gestellt.

¹ Girth 2002, S. 12

In einem kurzen Resümee wird der Zusammenhang dieser beiden Gegenstandsbereiche der Sprache- und Politikforschung reflektiert.

Abschließend zwei Hinweise zu im Text gebrauchten Schreibweisen: Die Abkürzungen *SED* (sozialistische Einheitspartei Deutschlands), *ZK* (Zentralkomitee der SED) sowie *DDR* und *BRD* werden ohne weitere Erläuterung verwendet, Synonyme wie *Ost-* und *Westdeutschland* kommen aus rein stilistischen Gründen zum Einsatz. Zitierte Autoren werden jeweils nur bei der ersten Nennung mit Vor- und Zunamen erwähnt.

2 Die „Sprache in der DDR“

Der Gegenstandsbereich „Sprache in der DDR“ bezieht sich auf den öffentlichen, politisch-gesellschaftlichen, z.T. wird auch gesagt: politisch-ideologischen, Sprachgebrauch. Den Charakteristika der „Sprache in der DDR“ hinsichtlich Wortschatz und Sprachgebrauch, die im Folgenden vorzustellen sind, wird ein Überblick über die Entwicklung der entsprechenden Sprache- und Politikforschung voran gestellt, der zeigen soll, dass die Beschäftigung mit dem Thema über lange Zeit vor dem Hintergrund der Systemkonkurrenz von Kommunismus und Kapitalismus ideologisch geprägt war.

2.1 Überblick über die Sprache- und Politikforschung zur „Sprache in der DDR“

Seit Ende der 1940er Jahre beschäftigte sich sowohl die bundesrepublikanische als auch die Sprachwissenschaft der DDR mit den Folgen der deutschen Teilung in Bezug auf die Sprache².

Die sprachwissenschaftliche Einschätzung bzw. Bewertung der sprachlichen Veränderungen reichte von „Differenzen“, „Divergenzen“, „Sprachspaltung“, „Ost-West-Spezifika“ bis hin zum neutraleren Ausdruck „sprachliche Besonderheiten“, der sich ab Ende der 70er Jahre durchsetzte. Manfred Hellmann zeigt in seinem Aufsatz „Zur Verbindung von Sprache, Sprachwissenschaft und zeit-

gebundener politischer Bewertung am Beispiel deutsch-deutscher Sprachdifferenzierung³, der im Folgenden kursorisch zusammengefasst wird, auf, dass diese Bewertungen Berührungspunkte zu den jeweils vorherrschenden deutschlandpolitischen Vorstellungen aufweisen.

Vor dem Hintergrund der Konstituierung der beiden deutschen Staaten und der jeweiligen Einbindung in die konkurrierenden Blöcke der Sowjetunion einerseits, der westlichen demokratischen Staaten andererseits beherrschten in den 50er Jahren „wechselseitige ‚Sprachspaltungs‘-Polemiken“⁴ die Debatte. In der DDR wandte man sich einerseits gegen eine „angloamerikanische Überfremdung“⁵, andererseits gegen Relikte des ‚Nazijargons‘ im Sprachgebrauch der Bundesrepublik. Gewissermaßen genau entgegengesetzt lauteten Titel bundesdeutscher sprachwissenschaftlicher Publikationen der 50er Jahre z.B. „Deutsche Sprache in östlicher Zwangsjacke“, „Die Sprachentartung in der Sowjetzone“, „Gefährliches ‚Parteichinesisch‘ – Verhängnisvolle Sprachspaltung zwischen West und Ost“, welche bereits auf die einseitige Zuweisung der Verantwortung für die sprachlichen Differenzierungen an die DDR verweisen.

Für die erste Hälfte der 60er Jahre verzeichnet Hellmann auf Seiten der DDR-Germanistik die Betonung der Einheit der deutschen Sprache, welche durch sprachliche Besonderheiten der DDR nicht nur nicht gefährdet, sondern darüber hinaus in progressiver Weise weiterentwickelt werde.⁶ Diese Akzentuierung korrespondierte, wie Hellmann konstatiert, den Bemühungen der DDR „durch immer erneute Vorschläge zur Wiederherstellung der deutschen Einheit auf die Bundesrepublik und die Westmächte Einfluß zu nehmen“⁷. Innerhalb der bundesdeutschen Germanistik dominierten bis zum Mauerbau 1961 Polemiken gegen Spaltungstendenzen der DDR sowie Vorwürfe der sprachlichen Spaltung, danach setzte sich zunehmend eine die realpolitischen Entwicklungen eher akzeptierende Perspektive durch, welche sich in einer „empirisch fundierten, auch die Erscheinungen der Bundesrepublik mit berücksichtigenden [...] Vorgehensweise“⁸ niederschlug.

² Vgl. Hellmann 1989, S. 297

³ Hellmann 1989

⁴ Ebd., S. 299

⁵ Ebd., S. 300

⁶ Vgl. ebd., S. 305-307

⁷ Ebd., S. 307

⁸ Ebd., S. 304

Ab den späten 60er Jahren rückte die DDR vom Ziel der Wiederherstellung der Einheit ab und verfolgte stattdessen die Herausbildung einer selbständigen und unabhängigen „sozialistischen Nation“. Dem entsprach in sprachwissenschaftlicher Hinsicht die „ostdeutsche Betonung sprachlicher Differenz“⁹, d.h. der Eigenständigkeit und Fortschrittlichkeit der eigenen sprachlichen Entwicklung „als Kennzeichen eines ‚sozialistischen Staates deutscher Nation‘ (DDR-Verfassung von 1968)“¹⁰. Diese Auffassung mündete in die sog. Vier-Varianten-These ostdeutscher Linguisten, nach der vier verschiedene nationalsprachliche Varianten des Deutschen (in der DDR, der Bundesrepublik, Österreich und der Schweiz) existierten.¹¹ Dagegen begann ab Ende der 60er Jahre die Entspannungspolitik der Bundesrepublik gegenüber den osteuropäischen Staaten (außenpolitisch verankert in den sog. Ostverträgen), bezogen auf die Wahrnehmung sprachlicher Entwicklungen vermerkt Hellmann die „westdeutsche Betonung sprachlicher Gemeinsamkeit“¹².

Der „letzte Stand“ (70/80er Jahre) war, wie gesagt, die auf beiden Seiten vertretene Ansicht, es gebe eine deutsche Sprache, dabei aber sprachliche Besonderheiten der Sprache der BRD und derjenigen der DDR (wie auch Österreichs und der Schweiz), wofür der Terminus der plurizentrischen deutschen Sprachkultur gewählt wurde.¹³

Der Überblick über die sprachwissenschaftliche Beschäftigung zeigt, dass in Bezug auf die Sprache der DDR über lange Zeit enge Zusammenhänge zwischen sprachwissenschaftlicher Kritik und politischer Kritik bestanden bzw. wie Horst Schlosser pointiert,

„die frühe Kritik westdeutscher Linguisten an vielen sprachlichen Sonderungen in der DDR [...] nicht selten eher eine Kritik [war], die nur vordergründig die Sprache meinte, eigentlich aber die Sachpolitik der Kommunisten treffen sollte“¹⁴.

Bis in die 60er Jahre dominierte der politisch-ideologische Aspekt die wissenschaftliche Diskussion in West und Ost, d.h. die Auseinandersetzung um die „wahre“ oder „eigentliche“ Bedeutung der Wörter“ und die „Propagierung der

⁹ Ebd., S. 307

¹⁰ Hellmann 1980, S. 520

¹¹ Vgl. Hellmann 1980, S. 520 und Hellmann 1989, S. 312

¹² Hellmann 1989, S. 307

¹³ Vgl. Hellmann 1989, S. 318-320.

¹⁴ Schlosser 1999, S. 29

eigenen standpunktabhängigen Definitionen und Bewertungen“¹⁵. Eine neue Phase der Erforschung des öffentlichen Sprachgebrauchs wurde durch die Kritik Walter Dieckmanns eingeleitet, der Ende der 60er Jahre den bisherigen Forschungen die Vermischung von Analyse und politischer Wertung und das methodische Vorgehen, an entsprechend ausgewählten Einzelbeispielen zu belegen, was man bereits wisse, vorwarf.¹⁶ Die in dieser Phase entstandenen Arbeiten sind Hellmann zufolge zum einen durch methoden- und ideologiekritische Reflexion, zum anderen durch eine breite, empirische Materialbasis gekennzeichnet.¹⁷ So erarbeitete beispielsweise Hans Reich 1968 ein Glossar zur offiziellen Sprache in der DDR, das sich im wesentlichen auf in der DDR erschienene Lexika stützt, etwa die Leipziger Duden-Auflagen (im Vergleich mit dem in der Bundesrepublik erschienenen Mannheimer Duden sowie der letzten gesamtdeutschen Ausgabe) und das „Wörterbuch der deutschen Gegenwartssprache“.¹⁸

2.2 Forschungsgegenstände und -ergebnisse zu sprachlichen Besonderheiten in der DDR

Die weitgehende Beschränkung der Forschungen auf den öffentlichen Sprachgebrauch war (zumindest bis 1989) zum einen der Tatsache geschuldet, dass – abgesehen von privaten Besuchen – spontan gesprochene Sprache in der DDR kaum wissenschaftlicher Untersuchung zugänglich war.¹⁹ Neben dieser (forschungs)pragmatischen Begründung liegt die Fokussierung auf den Bereich des öffentlichen bzw. politisch-gesellschaftlichen Sprachgebrauchs zum anderen sachlogisch darin begründet, dass die Herausbildung zweier unterschiedlich verfasster politischer (und wirtschaftlicher) Systeme quasi-automatisch eine Vielzahl unterschiedlicher Benennungen sowie unterschiedlicher Bedeutungen nach sich zog: „Betroffen [vom Sprachwandel in Folge der staatlichen Teilung, A.B.] waren, und zwar in beiden deutschen Staaten, vor allem Wortschatz und Wortgebrauch; sie folgen notwendig und unmittelbar dem kommunikativen Be-

¹⁵ Hellmann 1980, S. 520

¹⁶ Vgl. Hellmann 2001, S. 63

¹⁷ Vgl. Hellmann 1980, S. 521

¹⁸ Reich 1968, S. 8 f. Daneben stützt sich Reichs Untersuchung auf offizielle Texte, primär die Zeitung „Neues Deutschland“ (als Zentralorgan der SED) sowie ergänzend z.B. gesammelte Reden und Aufsätze führender DDR-Politiker.

¹⁹ Vgl. Hellmann 2001, S. 62, S. 65

dürfnis nach Um- und Neubenennung, nach semantischer Veränderung und unterschiedlicher politisch-ideologischer Wirklichkeitsdeutung“²⁰. Zudem aber „entwickelte unter den Bedingungen des Wahrheits- und Formulierungsmonopols der SED der öffentliche Sprachgebrauch in der DDR ein besonderes ‚Eigenleben‘“²¹ – die Herausbildung der in vielen Veröffentlichungen so genannten „Verlautbarungssprache“.

Diese Aussage von Hellmann verweist schlaglichtartig auf die beiden wesentlichen linguistischen Untersuchungsstränge zur “Sprache in der DDR”: einerseits der Wortschatz der öffentlichen Kommunikation (bezogen auf die Bereiche Politik, Ideologie, Institutionen, Wirtschaft), andererseits der spezifische Sprachgebrauch im öffentlichen Leben. Entlang dieser Gliederung vollzieht sich die folgende Referierung einzelner Forschungsergebnisse zur “Sprache in der DDR”.

Unterschiede in der ost- und westdeutschen Sprache entwickelten sich v.a. in Bezug auf den Wortschatz und auf die sprachlichen Mittel bzw. die kommunikativen Normen des öffentlichen Sprachgebrauchs, während das grammatische System weitgehend unverändert blieb bzw. in beiden Staaten ähnliche Veränderungen erfuhr.²²

2.2.1 Zur Typisierung der Wortschatzdifferenzierungen

Ein systematischer Ansatz zur Auseinanderentwicklung ost- und westdeutschen Wortschatzes soll den einzelnen Beispielen des DDR spezifischen Wortschatzes vorangestellt werden. Die folgende Übersicht folgt der von Manfred Hellmann entwickelten Klassifizierung der Wortschatzdifferenzierungen in Ost- und Westdeutschland, innerhalb deren er sechs verschiedene Typen unterscheidet²³: 1. Zu den sog. **Lexemspezifika** zählen Begriffe, die nur einem der beiden Staaten zuzuordnen sind und im anderen Staat lediglich als Zitatwörter verwendet wurden, wie z.B. *Ministerrat*, *Volkskammer*, *Bundesregierung*,

²⁰ Hellmann 1997, S. 19

²¹ Ebd., S. 19

²² Vgl. Hellmann 1980, S. 523 und Braun 1998, S. 69. Wortschatzdifferenzen zwischen Ost- und Westdeutschland bezogen sich insbesondere auf die politisch relevanten Bereiche, Grund- und Alltagswortschatz sowie Bildungswortschatz blieben eher gemeinsames Sprachgut (vgl. Hellmann 1980, S. 523). Zu einzelnen Parallelentwicklungen bezüglich des grammatischen Systems vgl. Braun 1998, S. 69 und Bauer 1993, S. 139.

²³ Vgl. Hellmann 1980, S. 523 f.

Bundestag.²⁴ Bei Begriffen wie *Staatsratsvorsitzender* (DDR) oder *Bundespräsident* (BRD), *Staatliche Plankommission* (DDR) oder *Wirtschaftsgutachten* (BRD) hatten im jeweils anderen Staat weder Bezeichnung noch Bezeichnetes eine Entsprechung.²⁵ 2. Bei den **Spezifischen Wendungen** handelt es sich um Wortverbindungen, die „bestimmten kommunikativen, häufig propagandistischen Bedürfnissen dienen“²⁶ bzw. „politische Phrasen“²⁷. Zwar verzeichnet auch die politische Sprache der BRD solche Wendungen (*atlantische Partnerschaft, konzertierte Aktion* u.a.), die zum einen hochfrequente, zum anderen stereotype Verwendung von beispielsweise *ökonomische Hauptaufgabe, die entwickelte sozialistische Gesellschaft gestalten, vorfristig erfüllen* gilt jedoch als spezifisches Merkmal des Sprachgebrauchs der DDR.²⁸ 3. Zu den sog. **Bedeutungsspezifika** gehören Wörter, bei denen das Bezeichnete, insbesondere im Bereich der ideologierelevanten Begriffe wie *Freiheit, Solidarität, Sozialismus*, z.T. vollständig different ist (sog. ideologische Polysemie²⁹).³⁰ 4. Ebenfalls auf lexikalisch-semantiche Unterschiede beziehen sich die sog. **Wertungsspezifika** (anders als die Wörter der Gruppen 1 und 2), bei denen derselbe Begriff unterschiedliche Wertungen erfährt.³¹ In Bezug auf das Ideologievokabular handelt es sich gewissermaßen um Fahnenwörter (die eine positive deontische Bedeutung beinhalten) bzw. Stigmawörter (mit negativer deontischer Bedeutung).³² So fungierten beispielsweise die Wörter *christlich, idealistisch, Dissident* in der BRD als Fahnen-, in der DDR als Stigmawörter, umgekehrt verhielt es sich mit Wörtern wie *Kommunist, Revolution*,

²⁴ Vgl. ebd., S. 523

²⁵ Vgl. Schlosser 1999, S. 13

²⁶ Hellmann 1980., S. 523

²⁷ Schlosser 1999, S. 15

²⁸ Vgl. Hellmann 1980, S. 523 und Schlosser 1999, S. 15

²⁹ Vgl. Klein 1989, S. 23

³⁰ Hellmann weist allerdings daraufhin, dass die Bedeutungsdivergenz solch ideologierelevanter Begriffe kein Spezifikum der Sprachentwicklung in Ost- und Westdeutschland sei, sondern generell für übernationale Ideologiesysteme typisch sei (vgl. Hellmann 1980, S. 523). Schlosser betont, dass auch bei vordergründig wenig ideologischen Wörtern „(m)eist [...] hinter ihnen ein im Gebrauch mitschwingender Systemunterschied komplexer Natur“ (Schlosser 1999, S. 14) gestanden habe, wie z.B. im Falle des *Elternbeirats*, welcher in der DDR – auf Schulebene – ein Medium der ideologischen Beeinflussung von Eltern und Schülern war, in der BRD hingegen die freiwillige Elternmitarbeit – auf verschiedenen Ebenen – bezeichnete.

³¹ Der Unterschied zwischen Bedeutungsspezifika im Ideologievokabular und Wertungsspezifika liegt nach Hellmann darin, dass z.B. das Adjektiv *demokratisch* zwar systemabhängig unterschiedlich definiert (Bedeutungsspezifikum), aber in beiden Staaten positiv bewertet werde (vgl. Hellmann 1980, S. 523), anders als die im Folgenden anzuführenden Beispiele.

³² Vgl. Klein 1989, S. 24

Klassenkampf, Planwirtschaft.³³ 5. Unter **Häufigkeitsspezifika** werden Wörter gerechnet, die im öffentlichen Sprachgebrauch in Ost- und Westdeutschland unterschiedlich häufig verwendet wurden (auch wenn sie im jeweils anderen Teil ebenfalls gebräuchlich waren). Einen deutlich häufigeren DDR-Gebrauch konstatiert Schlosser für Lexeme im Zusammenhang mit der offiziellen Ideologie und Politik, wie z.B. der Attribute *sozialistisch, allseitig, schöpferisch*, daneben kollektiv-stiftender Pronomen wie *wir* und *unser*.³⁴ Häufigkeitsspezifika in der BRD sind u.a. *freiheitlich, Markt, dynamisch*.³⁵ 6. Unter die Gruppe der sog. **Bezeichnungsspezifika** fasst Hellmann Wörter, bei denen das gleiche Denotat in BRD und DDR unterschiedlich bezeichnet wird, verweist in diesem Zusammenhang jedoch auf Schwierigkeiten, die wesentlichen Merkmale der Denotate bzw. ihre Ähnlichkeit oder Unähnlichkeit sicher zu bestimmen.³⁶ So umfassen die von Hellmann angegebenen Beispiele neben den Paaren *Plastik/Plaste, Personalchef/Kaderleiter, Arbeitnehmer/Werkstätiger* auch *Staatsangehörigkeit/Staatsbürgerschaft, Warschauer Pakt/Warschauer Vertrag*, welche Schlosser unter die Gruppe der Wertungsspezifika subsumiert.³⁷ Schlosser zufolge finden sich Bezeichnungsspezifika überwiegend im Bereich des nicht-ideologischen Vokabulars, etwa *Kombine/Mähdrescher, Kabinett/Fachraum, Entblößer/Exhibitionist*.³⁸

Diese von Hellmann bestimmten Gruppen der Wortschatzveränderungen ergänzt Schlosser um die sog. **Wortfeldspezifika**, womit er die besonderen Relationen zwischen einzelnen Lexemen eines Begriffs- oder Wortfeldes berücksichtigt, die erst im Zusammenhang dieses Feldes semantisch spezifiziert werden, insofern die „benachbarten Lexeme semantisch mitschwingen“³⁹. Beispiele sind etwa die beinahe synonymisch gebrauchten Wörter *Staat, Partei* und *Gesellschaft* (im Unterschied zur politisch-semantischen Differenz in der

³³ Vgl. Hellmann 1980, S. 523

³⁴ Vgl. Schlosser 1999, S. 15. Siehe zum formelhaften Gebrauch wertender Attribute Abschnitt 2.2.3.3.

³⁵ Vgl. Hellmann 1980, S. 523

³⁶ Vgl. ebd.

³⁷ Vgl. ebd., S. 524 und Schlosser 1999, S. 14. Weitere Beispiele für solchermaßen unterschiedlich subsumierte Begriffspaare sind *Staatsgrenze West/innerdeutsche Staatsgrenze*, Berlin Hauptstadt der DDR/Ostberlin, *Menschenhandel/Fluchthilfe*.

³⁸ Vgl. Schlosser 1999, S. 14

³⁹ Schlosser 1999, S. 15

BRD) oder die semantischen Berührungen zwischen dem negativ konnotierten Wort *Spontaneität* mit *Subjektivität* und *Anarchie*.⁴⁰

2.2.2 Zu Schwerpunkten der Wortschatzspezifika: Wirtschaft und Politik

In beiden deutschen Staaten haben sich nach 1945 Wortschatzdifferenzen zwar in allen gesellschaftlichen Bereichen entwickelt, insbesondere aber in denjenigen, die von den unterschiedlichen politischen und ideologischen Systemen am massivsten berührt waren.⁴¹ Schwerpunkte der Differenzierung lagen Hellmann zufolge in den Bereichen Ideologie/Politik/Propaganda, Institutionen/Organisationen sowie Wirtschaft/Betrieb/Arbeit, wobei das Institutionen- und Organisationen-Vokabular selbstverständlich Schnittmengen mit den beiden anderen Bereichen bildet.⁴² Aus diesem Grund bezieht sich die folgende exemplarische Darstellung einiger Spezifika des DDR-Wortschatzes auf den ökonomischen sowie den politisch-ideologischen Bereich und bezieht dabei Aspekte des Institutionenvokabulars ein.

2.2.2.1 Wortschatzspezifika in den Bereichen Wirtschaft und Arbeit

Dieser Bereich verzeichnete die quantitativ umfangreichsten Wortschatzänderungen bzw. -differenzierungen (und zwar in beiden deutschen Staaten), etwa in Bezug auf Bezeichnungen für Wirtschaftssystem und -organisation, die Terminologie von Börse, Marketing und Werbung (BRD), die Produktionspropaganda in DDR.⁴³ Darüber hinaus kam der Ökonomie aber im Rahmen der Staatsdoktrin der DDR, dem Marxismus-Leninismus ein besonderer Stellenwert zu. Bedingt durch die marxistische Vorstellung von der Ökonomie als Basis des Gesellschaftlichen und damit der Dominanz ökonomischer Bedingungen für eine kommunistische Gesellschaft bildeten

⁴⁰ Vgl. ebd., S. 15 f. Zur DDR spezifischen Bedeutung von Spontaneität siehe Abschnitt 2.2.3.2.

⁴¹ Vgl. Bauer 1993, S. 139

⁴² Vgl. Hellmann 1980, S. 524. Bezeichnungen für die Staatsorgane, gesellschaftliche Organisationen und Parteien können beispielsweise dem Bereich Politik zugeordnet werden, Namen von Wirtschaftsverbänden dem der Wirtschaft. Für eine beispielhafte Auflistung von Bezeichnungen politischer und gesellschaftlicher Institutionen und Organisationen vgl. Hellmann 1980, S. 524.

⁴³ Vgl. ebd., S. 524 f. Zu den von Hellmann hier genannten Beispielen zählen etwa *soziale/freie Marktwirtschaft* (BRD), *Ökonomisches System des Sozialismus (ÖSS)* (DDR), *Unternehmerverbände*, *Tarifpartner* (BRD), *Volkswirtschaftsplan*, *Bruttoproduktion* (DDR), *Mehrwertsteuer* (BRD), *Brigade der sozialistischen Arbeit* (DDR).

„die wirtschaftspolitischen Forderungen des Marxismus-Leninismus [...] Eckstein[e] des gesellschaftlichen Lebens“⁴⁴.

Das bedeutet zum einen, dass Begriffe, die dem Fachwortschatz der Wirtschaft zugehören, zumeist auch politisch konnotiert sind bzw. dass, wie Reich formuliert, dieser Wortschatz „zu dem am stärksten politisierten Fachwortschatz in der offiziellen Sprache der DDR“⁴⁵ wurde. So wurden Wörter und Begriffe wie *Planerfüllung* oder *ökonomische Hauptaufgabe* im offiziellen Sprachgebrauch mit politischen Aufgabenstellungen verknüpft:

„Die erste Voraussetzung ist, daß jeder Kollege versteht, von einer termin- und qualitätsgerechten Planung hängt die Frage Krieg oder Frieden ab“⁴⁶.

Neben dieser politischen Konnotation ökonomischer Begriffe wurden umgekehrt auch ursprünglich politische bzw. militärpolitische Begriffe auf den Bereich der Wirtschaft übertragen, wie z.B.

*Aktivist, -aktion, Produktionstat, Betriebskampfgruppe, Brigade, Held der Arbeit, Kampfstab, Ernteschlacht.*⁴⁷

Die mit dem System der Planwirtschaft verbundenen Begrifflichkeiten berührten zum anderen auch das Verhältnis der Einzelnen zur Arbeit, insofern sich

„[d]em ‚sozialistischen Wettbewerb‘ als diffizilem System zur Leistungssteigerung im DDR-Arbeitsleben [...] kaum jemand entziehen (konnte)“⁴⁸.

Einerseits gehörte dabei „[d]er (über)erfüllte Plan zu den Standardformeln der Wirtschaftspolitik der SED“⁴⁹, andererseits bildete er nicht nur ein (im öffentlichen Sprachgebrauch omnipräsentes) sprachliches Muster, sondern prägte zentral das ökonomische Handeln der ‚Werk tätigen‘, da sich „jegliche Arbeit an entsprechenden ‚Planzielen‘ zu orientieren hatte“⁵⁰. Zu den dem Wortfeld *Planwirtschaft* verbundenen Begriffen zählten z.B.

Planauftrag (ein offizielles Formular, auf dem persönliche Leistungen abgerechnet wurden, wozu auch die *Normerfüllung* zählte), *Mach-Mit-Wettbewerb (MMW)* (um freiwillige Leistungen), *Feierabendarbeit* (öffentliche, tariflich regulierte Arbeiten, die nicht Bestandteil des Plans

⁴⁴ Schlosser 1999, S. 68. Nach marxistischer Vorstellung stellt die Ökonomie, d.h. die Verfügung über Produktionsmittel, Grundbesitz, Bodenschätze, Waren- und Geldverkehr die Basis des Gesellschaftlichen dar, während alle anderen Bereiche bzw. Lebensäußerungen (etwa Bewusstsein, ethisch-moralische Normen, Kultur) als sog. Überbauphänomene gelten, die durch die materielle Basis geprägt sind.

⁴⁵ Reich 1968, S. 263. Nach Reich enthalten fast alle in der DDR verwendeten wirtschaftstheoretischen Termini (wie z.B. Akkumulation, Arbeitsproduktivität, Ausbeutung, Mehrwert) eine politische Konnotation, insofern sie einen Bezug zur Veränderung der Machtverhältnisse aufweisen (vgl. ebd.).

⁴⁶ Neues Deutschland v. 10.02.1960, S. 3, zit. n. Reich 1968, S. 263 f.

⁴⁷ Vgl. Reich 1968, S. 264 f.

⁴⁸ Schlosser 1999, S. 78

⁴⁹ Pappert 2003, S. 185

⁵⁰ Ebd. Über die Omnipräsenz des Plans auch in wirtschaftsfernen Bereichen gibt ein Aufsatz von Ulla Fix über rituelle Textsorten in der DDR Aufschluss (z.B. Entlehnungen ritueller Textsorten wie Arbeitspläne aus dem Bereich Wirtschaft in den Bereich der Elternarbeit an Schulen) (vgl. Fix 1996, S. 44).

waren), *Planerfüllung*, *ökonomische Hauptaufgabe*, *Plankennziffern*, *Arbeitsnormen* (hinsichtlich einzelner Arbeitsgänge).⁵¹

Des Weiteren wurden in der Folge der Einführung der sozialistischen Wirtschafts- und Gesellschaftsform Bezeichnungen für Betriebsformen und -strukturen verändert. Bezeichnungen wie *Firma* oder *Unternehmen*, *Kommanditgesellschaft* oder *GmbH* wurden hinfällig, dafür entstand eine Vielfalt von Betriebsformen und -benennungen wie z.B.

Volkseigener Betrieb (VEB), *Volkseigenes Gut (VEG)*, *Konsumgenossenschaft*, *Landwirtschaftliche Produktionsgenossenschaft (LPG)*, *Außenhandelsbetrieb (AHB)*, *Bezirksgeleitete Betriebe*, *staatliches Großhandelskontor*, *Kombinat*, *Kooperationsgemeinschaften (KOG)*, *Kooperative Einrichtungen (KOE) der Landwirtschaft*.⁵²

Bereits die Namen dieser Betriebsformen verweisen auf Charakteristika der DDR-Wirtschaft wie das sozialistische Eigentum, die staatliche Lenkung oder spezifische Formen der wirtschaftlichen Zusammenarbeit. Die Betriebsbezeichnung *Kombinat* wurde darüber hinaus auch in eigentlich wirtschaftsfernen Bereichen übernommen (z.B. *Schulkombinat*) – ein weiteres Beispiel für den Primat der Ökonomie.⁵³

Ein Beispiel für die (aufgrund der staatseinheitlichen Wirtschaftsstruktur) DDR spezifische Einheitlichkeit von Unternehmensnamen sind die mit *Inter* als Präfix gebildeten Namen wie *Interflug*, *-hotel*, *-shop*, *-tank*.⁵⁴

2.2.2.2 Wortschatzspezifika in den Bereichen Politik, Ideologie und Propaganda

Die erwähnte Dominanz des Ökonomischen für das politische Selbstverständnis der DDR impliziert zwar hinsichtlich des öffentlichen Sprachgebrauchs eine gewisse Unschärfe der Trennung der Bereiche Wirtschaft und Politik. Dennoch ist ein gewissermaßen eigenständiger Wortschatz-Bereich des Politischen in der DDR beschreibbar. Neben den unter 2.2.1 erwähnten Lexemspezifika etwa zum Staatsaufbau und zu den Staatsorganen (Institutions-

⁵¹ Vgl. Schlosser 1999, S. 78 und Reich 1968, S. 264

⁵² Vgl. Schlosser 1999, S. 73

⁵³ Vgl. ebd., S. 74

⁵⁴ Vgl. Hellmann 1980, S. 525 und Schlosser 1999, S. 76. Anders als in der Marktwirtschaft der Bundesrepublik folgten die Firmenbenennungen in der DDR einer einheitlichen Systematik, die unmittelbar über die Zuordnung zum jeweiligen Wirtschaftssegment Aufschluss gab. Eine Individualisierung wie in bundesdeutschen Firmennamen (*Krupp*, *Klöckner* usw.) erfolgte eher aus politisch-agitatorischen oder -pädagogischen Gründen, etwa der Herausstellung bedeutsamer Personen (z.B. *Werkzeugmaschinenkombinat „Fritz Heckert“*) (vgl. Schlosser 1999, S. 76).

vokabular) zählen dazu Wörter des Ideologievokabulars.⁵⁵ Dieses kann in drei Gruppen unterteilt werden: zum einen die sog. Hochwertwörter der Politik (z.B. *Demokratie, Freiheit, Gleichheit, Frieden, Gerechtigkeit, Solidarität*), zweitens spezifische Begriffe der marxistisch-leninistischen Philosophie (wie *Klasse, Ausbeutung, Proletariat, Profit*) und drittens Wörter des Ideologievokabulars, die polarisierend in dem Sinne definiert sind, dass positive Begriffe bzw. Begriffe mit positiver deontischer Bedeutung der eigenen Seite, Begriffe mit negativer deontischer Bedeutung der gegnerischen Seite (also der Politik und/oder den Ländern des Westens) zugeordnet werden. Zu dieser letztgenannten Gruppe zählen beispielsweise *Aggression, Imperialismus, Ausbeutung*, mittels deren ausschließlich Erscheinungen des Kapitalismus (negativ) bezeichnet werden, während die positiven Begriffe *Fortschritt, Frieden, Völkerfreundschaft* exklusiv sozialistische bzw. kommunistische Phänomene bezeichnen.⁵⁶ Wie die oben aufgeführten Beispiele zu den Bedeutungs- und Wertungsspezifika zeigen, ist weder die Ideologieabhängigkeit noch die Begriffskonkurrenz (bzw. der Versuch politischer Gruppen, ihre Begriffsdefinitionen durchzusetzen) ein Spezifikum des politischen Wortschatzes der DDR, spezifisch ist jedoch die im öffentlichen Sprachgebrauch erfolgte Monopolisierung der Begriffsdefinitionen.⁵⁷ Dennoch gelten die dualistische Struktur der Wirklichkeitssicht und der entsprechende sprachliche Dualismus von positiv wertenden Bezeichnungen für die eigene Politik und begriffliche Abwertungen dem Westen gegenüber als Kennzeichen der offiziellen politischen Sprache in der DDR.⁵⁸ Dieser Dualismus wird in Bezug auf die eigene Politik z.B. auch realisiert durch die Aufwertung politischer Ziele mit Hilfe von Attributen (etwa *demokratische Bodenreform, umfassender Aufbau des Sozialismus*).⁵⁹ Auch hinsichtlich solcher politischen Schlagworte bzw. Losungen ist einschränkend zu bemerken, dass ihre Verwendung an sich nicht DDR spezifisch ist.⁶⁰ Allerdings geronnen u.a. bestimmte Adjektiv-Sub-

⁵⁵ Institutionsvokabular und Ideologievokabular zählen nach Josef Klein zu Hauptbestandteilen des in der Politik verwendeten Wortschatzes, wobei das Ideologievokabular diejenigen Wörter umfasst, mittels deren politische Gruppen ihre jeweiligen Deutungen, Prinzipien und Prioritäten hinsichtlich der (Gestaltung der) politisch-sozialen Welt ausdrücken (vgl. Klein 1989, S. 4-7).

⁵⁶ Vgl. Hellmann 1980, S. 524 für diese Gruppierung von Wörtern des Bereichs Politik/Ideologie/Propaganda und die angegebenen Beispiele.

⁵⁷ Vgl. ebd., S. 524

⁵⁸ Vgl. Reich 1968, S. 250

⁵⁹ Vgl. ebd., S. 250

⁶⁰ Als politische Schlagwörter gelten Wörter, die „in öffentlichen Auseinandersetzungen häufig, oft inflatorisch verwendet werden und [...] in komprimierter Form politische Einstellungen ausdrücken oder provozieren“ (Klein 1989, S. 11). Auch wenn sich Politik in der DDR nicht wie in

stantiv-Kopplungen zu feststehenden Wendungen, welche in der öffentlichen Sprache, wie bereits erwähnt, hochfrequent und stereotypisiert verwendet wurden (zu weiteren Beispielen dieses stereotypisierten Sprachgebrauchs siehe den folgenden Abschnitt).

2.2.3 Öffentlicher Sprachgebrauch in der DDR

Zur grundlegenden Charakterisierung des öffentlichen Sprachgebrauchs in der DDR sei eine Feststellung des Sprachwissenschaftlers Detlev Gärtner vorangestellt, welche das Gliederungsraster der folgenden Ausführungen bestimmen soll:

„[D]ie offizielle Kommunikation war monopolisiert, ideologisiert, terminologisiert [...]“⁶¹.

Diese Kennzeichnung erfasst umrisshaft den öffentlichen Sprachgebrauch in der DDR: das Phänomen der (staatlichen) Sprachlenkung sowie die inhaltliche Grundlinie und stilistische Aspekte⁶². Im Folgenden soll der Mechanismus der Sprachlenkung in der DDR kurz dargestellt werden, gefolgt von Hinweisen zur ideologischen Fundierung der Kommunikation politischer und gesellschaftlicher Sachverhalte sowie – als Schwerpunkt dieses Abschnittes – einem Überblick über typische Merkmale des Stils bzw. der sprachlichen Mittel im öffentlichen Sprachgebrauch der DDR.

2.2.3.1 Sprachlenkung

Wenn hinsichtlich der Sprache der DDR vom Wahrheits-, Meinungs- und Formulierungsmonopol der SED die Rede ist⁶³, so wird darauf Bezug genommen, dass die SED, genauer gesagt: der im Zentrum der DDR-Macht (im Politbüro

pluralistisch verfassten Staaten als ‚Auseinandersetzung‘ im Sinne der Diskussion und des Austarierens unterschiedlicher Interessen und Standpunkte vollzog, greift aber auch hier die Funktion des politischen Schlagworts, Komplexes zu komprimieren und auf Einstellungen einzuwirken.

⁶¹ Gärtner 1996, S. 121

⁶² Das von Gärtner bestimmte Charakteristikum der Terminologisierung hängt eng mit dem der Ideologisierung zusammen: Die terminologisierte öffentliche Sprache sei insofern eine Folge der Ideologisierung, als „die lexikalische Basis des Offizialdeutsch [...] konsequent terminologisch im Sinne der herrschenden Weltanschauung“ (ebd., S. 121), also des Marxismus-Leninismus, fixiert gewesen sei. Der von ihm gewählte Begriff der Terminologisierung wird in dieser Arbeit ausgeweitet auf den gewissermaßen standardisierten Gebrauch bestimmter Sprachmuster im Rahmen der öffentlichen Sprache, da diese – wie im Folgenden gezeigt wird – im Dienste der Ideologieverbreitung standen. Dieser Sachverhalt wird in der sprachwissenschaftlichen Literatur zum Thema häufig mit den Begriffen Stereotypisierung, Schablonen- oder Formelhaftigkeit bezeichnet.

⁶³ Vgl. z.B. Hellmann 1997, S. 17

der SED) angesiedelte ZK-Sekretär für Agitation und Propaganda, der öffentlichen Berichterstattung verbindliche Leitlinien vorgab. Diese legten propagandistische Schwerpunkte, inhaltliche Argumentationslinien sowie sprachliche Formulierungsweisen fest. Die Kommunikationsorgane des ZK, die SED-Presse, das Staatliche Presseamt (und darüber auch die staatliche Nachrichtenagentur), die Staatlichen Komitees für Rundfunk und Fernsehen wurden von hier aus direkt angewiesen (mittels Text- und Bildvorgaben), außerdem wurden die täglichen Festlegungen der Inhalte an die Redaktionen der Nicht-SED-Zeitungen übermittelt (als sog. Anleitungen, bei denen es sich de facto jedoch um Weisungen handelte).⁶⁴

Diese Praktik der massiven Einwirkung – hier in Form staatlicher Steuerung⁶⁵ – auf die öffentliche Sprache wird als Sprachlenkung bezeichnet. So fasst beispielsweise der Sprachwissenschaftler Walther Dieckmann darunter alle Tätigkeiten,

„mit denen versucht wird, bewußt und zielgerichtet auf gesellschaftliche Kommunikationssysteme Einfluß zu nehmen, um eine wünschenswerte Veränderung herbeizuführen oder zu unterstützen bzw. eine nicht wünschenswerte Veränderung zu verhindern oder zu verzögern“⁶⁶.

2.2.3.2 Ideologisierung

Die Kontrolle und Normierung der Medien, durch die sie als „Distributoren des Meinungs- und Formulierungsmonopols“⁶⁷ von Partei und Staat fungierten, legte sie ideologisch fest.⁶⁸ Dabei war insbesondere die Kommunizierung politischer, ökonomischer und gesellschaftlicher Sachverhalte wesentlich durch die Terminologie des Marxismus-Leninismus geprägt.⁶⁹ Eine besondere Rolle als Produzent und Lieferant dieser Sprache kam insbesondere dem 1964 erstmals erschienenen „Wörterbuch der Philosophie“ zu, welches Norbert Kapferer zufolge

„maßgeblich zur [...] Kanonisierung marxistischer Begriffe, Lehrsätze, Redewendungen

⁶⁴ Vgl. Schlosser 1999, S. 105 f. und Gärtner 1996, S. 120

⁶⁵ Impliziert ist hier die Einheit von Partei (SED) und Staat in der DDR.

⁶⁶ Dieckmann 1980, S. 508

⁶⁷ Hellmann 1980, S. 522

⁶⁸ Dieser ideologische Rahmen war auch in der Verfassung der DDR fixiert, welche zwar die Meinungs- und Pressefreiheit garantierte, sie jedoch an den Rahmen der Verfassungsgrundsätze band, zu denen die Verpflichtung auf den Sozialismus zählte. Konkret bedeutete das, wie im Verfassungskommentar ausgelegt, z.B. den Massenmedien die Funktion der Verbreitung der marxistisch-leninistischen Ideologie sowie der Verhinderung der „Verbreitung bürgerlicher Ideologien zuzuweisen. (Vgl. Schlosser 1990, S. 104)

beigetragen“⁷⁰ habe. Dessen Grundbegriffe und Definitionen dienten auch als Grundlage für nicht-philosophische Wörterbücher und Lexika sowie für Zeitungs- und Zeitschriftenartikel, Schulbücher und wissenschaftliche Schriften.⁷¹ Als wesentliches Merkmal der mit diesem Wörterbuch vorgegebenen Sprachmuster bestimmt Kapferer die Entstellung oder Entleerung von Sinn zum Zweck der sprachlichen Immunisierung gegen Kritik, die, wie Kapferer pointiert, „bis hin zur Verkehrung ins Gegenteil, zum Paradox des ‚Orwellschen Diskurses‘“⁷² reichte, wie die Definition zu *Spontaneität* aus dem „Wörterbuch der Philosophie“ illustrieren soll:

„Spontaneität (sic) darf nicht mit Selbsttätigkeit, Eigeninitiative usw. verwechselt werden. Selbsttätigkeit und Eigeninitiative des sozialistischen Menschen hohen Niveaus ist nur auf der Grundlage sozialistischer Bewußtheit möglich. Die Spontaneität ist ein Wesensmerkmal aller vorsozialistischen Gesellschaftsformationen“⁷³.

Das Wort *Spontaneität* ist zugleich ein Beispiel für die gemäß der herrschenden Ideologie negativ konnotierten Wörter, hierzu zählten z.B. auch *das Bürgerliche*, *das nur Subjektive*, *das Individuelle*, *das Utopische*.⁷⁴ Außerdem waren z.B. dem marktwirtschaftlichen und religiösen Bereich sowie dem anglo-amerikanischen Wortschatz entstammende Wörter tabuisiert.⁷⁵ Im offiziellen Diskurs gemieden wurden zudem Wörter und Begriffe, die Phänomene wie Umweltschäden, Kriminalität, Ausländerhass bezeichneten, die der Ideologie nach in der DDR nicht existierten.⁷⁶

2.2.3.3 Spezifische sprachliche Mittel

Hinsichtlich des Stils bzw. der sprachlichen Mittel wird die Sprache in der DDR mit Begriffen wie Formelhaftigkeit, Leerformeln oder Verlautbarungssprache charakterisiert, wobei als spezifische sprachliche Muster der Einsatz von stereotypen Formulierungen (d.h. feststehender Phrasen), selbstaufwertenden Formulierungen z.B. mittels der häufigen Verwendung von Superlativen oder

⁶⁹ Vgl. Gärtner 1996, S. 121

⁷⁰ Kapferer 1992, S. 30

⁷¹ Vgl. ebd., S. 31

⁷² Ebd., S. 22

⁷³ Zit. n. ebd., S. 34. Vergleicht man dazu die Etymologie, nämlich *spontan* aus spätlat. *spontaneus* „freiwillig, frei“ als Bildung zu lat. *spons*, *spontis* „Antrieb, freier Wille“ (vgl. Drosdowski 1989, S.693), so erklärt sich Kapferers Bezugnahme auf Orwell.

⁷⁴ Vgl. ebd., S. 34

⁷⁵ Vgl. Gärtner 1996, S. 121

⁷⁶ Vgl. Kapferer 1992, S. 35 f. Das Wort *smog*, so eine Erklärung im Berliner Rundfunk, sei in der DDR ungebräuchlich, da es ein spezifisch kapitalistisches Phänomen beschreibe (vgl. ebd., S. 36).

bestimmten, wertenden Attributen, Euphemisierungen sowie die Militanz der Sprache heraus gestellt werden. Im Folgenden werden diese Typen sprachlicher Muster beispielhaft dargestellt.

Stereotypie

Im öffentlichen Sprachgebrauch der DDR (z.B. in den Medien wie auch in offiziellen Reden) wurden nicht nur einzelne Wörter, sondern auch bestimmte Phrasen ständig wiederholt (bzw., wie Schlosser sagt, „inflationär“⁷⁷ gebraucht). Die stets einheitliche Formulierung bestimmter Sachverhalte, der Gebrauch feststehender Wendungen (als feste Wortverbindungen) generierte sog. Sprachschablonen wie z.B.

*den Kapitalismus überholen, ohne ihn einzuholen / den Klassenkampf auf ökonomischem Gebiet führen / die Ideale und Werte des Sozialismus vermitteln und aneignen / die ökonomische Hauptaufgabe lösen / enges Vertrauensverhältnis zwischen Partei und Volk / Seite an Seite mit der Sowjetunion und anderen Bruderländern / wir empfinden es als Ehre und Verpflichtung.*⁷⁸

Steffen Papperts Dokumentation feststehender Wendungen in den Parteitagsdokumenten der SED zwischen 1971 und 1986 zeigt, dass beispielsweise Wendungen wie

wissenschaftlich-technische Revolution/Entwicklung/Aufgaben/(Höchst)Leistung(en)/Erfordernisse / Erkenntnisse, steiler Anstieg der / Wachstum der / Steigerung der / wesentliche Erhöhung der / Kampf um die Arbeitsproduktivität, intensiv erweiterte Reproduktion, (für) das materielle und kulturelle Lebensniveau des Volkes (bedeutend erhöht) / Erhöhung des materiellen und kulturellen Lebensniveaus der Bevölkerung

auf jedem Parteitag, zum Teil mehrfach, zum Einsatz kamen.⁷⁹

Bei den von der Wortwahl und -zusammenstellung bis hin zu den syntaktischen Strukturen stereotypisierten Formulierungen handelte es sich nach Einschätzung Bergmanns um vorgeschriebene sprachliche Muster, welche – etwa in den Medien – kaum vermeidbar oder modifizierbar waren, um nicht als Abweichler verdächtigt zu werden.⁸⁰ Schlosser verweist in diesem Zusammenhang auf einen Aufsatz eines DDR-Hochschullehrers für Journalismus, dem zufolge (teils bereits erwähnte) Formulierungen wie

Hauptaufgabe in ihrer Einheit von Wirtschafts- und Sozialpolitik / bedarfsgerechte Versorgung der Bevölkerung / Vorzüge des Sozialismus mit den Errungenschaften der wissenschaftlich-technischen Revolution verbinden

⁷⁷ Schlosser 1999, S. 112

⁷⁸ Vgl. Bergmann 1996, S. 66 und Gärtner 1996, S. 126

⁷⁹ Vgl. Pappert 2003, S. 283-288

⁸⁰ Vgl. Bergmann 1996, S. 67 (Auch *Abweichler* ist übrigens ein DDR spezifischer Terminus.)

unveränderbare, verbindliche Wendungen seien.⁸¹

Schablonisiert war darüber hinaus auch die Textgestaltung. In Zeitungsartikeln waren z.B. nach einer festgelegten Schematik neben dem Namen auch die Titel und Funktionen von Politikern aufzulisten, am Beginn von Reden stand üblicherweise eine Reverenzbekundung gegenüber der Parteiführung nach dem Muster „Ausgehend von den Beschlüssen des ... Parteitages ...“.⁸²

Übertreibungen und Superlativismen

Kennzeichnend für den Stil des öffentlichen Sprachgebrauchs war außerdem die Verwendung einer hyperbolischen, d.h. übertreibenden Ausdrucksweise. Diese diente der Verbreitung eines positiven Selbstbildes der DDR.⁸³ Zum Einsatz kamen beispielsweise Wendungen mit Superlativ wie

*effektivste Organisationsstruktur/intensivste Reproduktion/wichtigster Maßstab*⁸⁴.

Dabei waren „selbst Wörter, die keine Steigerung zulassen, [...] vor dem Drang nach sprachlicher Hypertrophie nicht sicher: *umfassend – (noch) umfassender – allumfassend*“⁸⁵. Des Weiteren wurden Kompositabildungen wie *Hochtechnologie, Spitzenproduktion* oder *-erzeugnis* mit übertreibender Funktion verwendet: „So begnügt man sich nicht mit der Einführung moderner Technologien, es müssen ‚Hochtechnologien‘ sein“⁸⁶. Ebenfalls zur Gruppe der Übertreibungen werden häufig verwendete Wörter und Wendungen wie

Errungenschaften/Aufstieg/Erfolge/Triumphzug des Sozialismus/hervorragende Leistungen/unbesiegbare Kraft

gezählt.⁸⁷

⁸¹ Schlosser 1990, S. 113. Unveränderbar und verbindlich sind diese Ausdrücke dem von Schlosser zitierten Aufsatz zufolge deshalb, weil sie eine definierte Bedeutung haben, welche die politische Übereinstimmung ausdrücke, während auch die kleinste sprachliche Veränderung eine Veränderung der politischen Bewertung einer Situation zum Ausdruck bringe (vgl. ebd., S. 112).

⁸² Vgl. Fix 1996, S. 15 und Bergmann 1996, S. 67. Schlosser belegt an einem DDR-Zeitungsartikel das Reglement, nach dem „Honecker [...] stets mit seinem Vornamen und im Text, nach der Schlagzeile, bei erster Erwähnung mit vollem Amtstitel“ (Schlosser 1999, S. 112) zu nennen sei.

⁸³ Vgl. Schlosser 1999, S. 109

⁸⁴ Vgl. Bergmann 1996, S. 75

⁸⁵ Gärtner 1996, S. 124

⁸⁶ Vgl. Bergmann 1996, S. 75

⁸⁷ Vgl. ebd., S. 75 und Gärtner 1996, S. 124

Verstärkende Adjektive

Überschneidungen zu den zuvor behandelten stereotypisierten und übertreibenden Sprachmustern bildet der Aspekt der verstärkenden Adjektive, die in (wertenden) Adjektiv-Substantiv-Kopplungen „exzessiv“⁸⁸ und formelhaft verwendet wurden und als markante Stilfigur des Sprachgebrauchs in der DDR charakterisiert werden.⁸⁹ Beispiele sind etwa:

*sozialistische Menschengemeinschaft/brüderliche Kampfesgrüße/unsere stolzen Errungenschaften/die unerschütterliche (unverbrüchliche, unzerstörbare) Freundschaft zur Sowjetunion/breite Massen/stürmischer/umfassender Aufbau des Sozialismus.*⁹⁰

Auch Hochwertwörter (deren häufige Wiederholung z.B. in Schlagzeilen ebenfalls als charakteristisch für den öffentlichen Sprachgebrauch der DDR gilt) wurden mit wertenden Adjektiven verbunden:

*brüderliche Freundschaft / vertrauensvolle Zusammenarbeit / hohe Einsatzbereitschaft / waches Bewußtsein.*⁹¹

Insbesondere die Adjektive *allseitig, umfassend, konkret, komplex, breit* gehörten zu den im öffentlichen Sprachgebrauch am häufigsten verwendeten verstärkenden Adjektiven.⁹² Daneben war *sozialistisch* Reich zufolge das „ohne Zweifel [...] meistgebrauchte Wort in der offiziellen Sprache der DDR“⁹³, ein sog. ideologisches Adjektiv, welches ebenso wie *demokratisch, gesellschaftlich* oder *marxistisch* in festen Wendungen mit einem Allgemeinbegriff (*demokratischer Aufbau, gesellschaftliches Bewusstsein, marxistische Ethik, sozialistischer Wettbewerb*) diesen in das Begriffssystem der Ideologie einfügte.⁹⁴

Euphemisierungen/Verschleierungen

Dem Zusammenhang der Selbstaufwertung, d.h. der Ausgestaltung eines positiven Bildes der DDR, ist auch die verklausulierte Darstellung von Schwächen oder Mängeln durch die Verschleierung mittels Euphemisierung zuzuordnen. Dabei spielte vor allem die Verwendung der Partikel *noch* in euphemisierender Funktion eine Rolle:

Reserven noch besser erschließen / die allseitig gebildete sozialistische Persönlichkeit in der kommunistischen Erziehung der Jugend noch besser ausprägen/ Die Abgeordneten setzen sich

⁸⁸ Hellmann 1980, S. 522

⁸⁹ Vgl. ebd. und Reich 1968, S. 252

⁹⁰ Vgl. Hellmann 1980, S. 522 und Reich 1968, S. 252

⁹¹ Vgl. Gärtner 1996, S. 124 und Schlosser 1999, S. 109

⁹² Vgl. Hellmann 1990, S.282

⁹³ Reich 1968, S. 204

⁹⁴ Vgl. Reich 1968, S. 254

für einen noch besseren Schutz der Gewässer ein. / Es kommt jetzt darauf an, die Vorzüge des Sozialismus noch besser zur Entfaltung zu bringen.⁹⁵

Als Beispiel für den häufigen Einsatz solcher Wendungen in beschönigender bzw. verschleiender Funktion führt Ulla Fix das 39-seitige Referat Margot Honeckers (sog. Minister für Volksbildung) auf einem Pädagogischen Kongress an, welches

„66 Formeln des Typs *noch weiter erhöhen* [...], *noch stärker ausweiten*, *noch enger mit dem Leben orientieren*, *weiter wirksam entwickeln*, *immer konkreter orientieren*“⁹⁶

enthielt. Gärtner expliziert zur Funktion dieser Wendungen, sie diene dazu, „den Gesprächsgegenstand mit (nicht vorhandenen) positiven Gegebenheiten in Verbindung zu bringen und ihn so in ein günstigeres Licht zu rücken“⁹⁷.

Militanz der Sprache

Hellmann beschreibt den öffentlichen Sprachgebrauch in der DDR als insgesamt geprägt durch eine „Attitüde permanenten Klassenkampfes“⁹⁸, welcher sich nicht nur im massiven Eigenlob und in Freund-Feind-Schemata, sondern auch im häufigen Einsatz von kämpferischen Metaphern äußerte. Diesen „kriegerischen“ Sprachgebrauch führt Bergmann zurück auf die Staatsdoktrin des Marxismus-Leninismus: Ihm zufolge gilt die geschichtliche Entwicklung als Geschichte (oder Abfolge) von Klassenkämpfen.⁹⁹ Auch Kapferer weist auf die kampfmetaphorische Durchdringung des marxistisch-leninistischen Vokabulars hin:

„Gekämpft, abgewehrt, zurückgeschlagen, vorwärtsmarschiert, gesiegt wird im *Philosophischen Wörterbuch* [...] an allen Fronten heldenmütig, unbeirrt, vereint mit den sozialistischen Bruderstaaten“¹⁰⁰.

Neben dem häufigen Einsatz der Wörter *Kampf* und *kämpfen* in metaphorischer Weise z.B. in Losungen wie

Mein Arbeitsplatz ist mein Kampfplatz für den Frieden / FDJ – Kampfesreserve der Partei

finden sich auch Übertragungen von fachsprachlichen Wörtern des Militärs in den politischen Bereich – etwa *Kader*, *Strategie*, *Taktik* –, womit diese Lexeme eine Bedeutungserweiterung erfuhren.¹⁰¹ Damit werden politische Begriffe bzw.

⁹⁵ Vgl. Hellmann 1990, S. 266 und Gärtner 1996, S. 125

⁹⁶ Fix 1996, S. 39

⁹⁷ Gärtner 1996, S. 125

⁹⁸ Hellmann 1980, S. 522

⁹⁹ Vgl. Bergmann 1996, S. 77

¹⁰⁰ Kapferer 1992, S. 37

¹⁰¹ Vgl. Bergmann 1996, S. 78

die durch sie bezeichneten Sachverhalte militarisiert, d.h. sie erhalten Eigenschaften oder Wesenszüge des Kampfes oder Krieges.

2.3 Zusammenfassung

Die „Sprache in der DDR“ wird im Rahmen der Sprache- und Politikforschung im Wesentlichen durch zwei Aspekte charakterisiert. Zum einen wurden die Spezifika öffentlichen Sprachgebrauchs in der DDR heraus gestellt, d.h. eine Sprachhaltung bzw. ein Sprachgestus, als deren zentrale Merkmale Formelhaf-tigkeit und Stereotypie, Schönfärberei und Militanz gelten. Zum anderen galt die Aufmerksamkeit Besonderheiten der Wortschatzentwicklung (sowohl in syste-matischer Hinsicht, d.h. dem Versuch im Vergleich zum westdeutschen Wort-schatz Typen von Differenzen zu klassifizieren, als auch hinsichtlich der Erfas-sung spezifischer DDR-Begrifflichkeiten im Zusammenhang mit dem politisch-ideologischen und ökonomischen System).

Die Alltagssprache war in geringerem Maße als der politisch affizierte Wortschatz und Sprachgebrauch Forschungsgegenstand (und sie gilt auch als insgesamt weniger betroffen von den sprachlichen Neuerungen).¹⁰² Alltags-kommunikation und politisch-öffentliche Kommunikation in der DDR werden als zwei weitgehend voneinander abgeschottete Kommunikationssphären beschrieben, was zur Ausprägung zweier Sprachregister führte (und in Situa-tionen, in denen Bürgerinnen und Bürgern Terminologie und Duktus der offizi-ellen Sprache abverlangt wurde, z.B. im Lob der Eingeschätzten als heraus-ragende Sozialisten im Rahmen der regelmäßig abzugebenden Einschätzun-gen von Beschäftigten, zum code-switching).¹⁰³

Abschließend sei eine Aussage des Sprachwissenschaftlers Gerhard Müller zitiert, der retrospektiv (1994) und den Forschungsgegenstand „Sprache in der DDR“ präzisierend konstatiert:

„Es gab keine ‚westdeutsche Sprache‘ und keine ‚Sprache der DDR‘, es gibt heute kein ‚Westdeutsch‘ und kein ‚Ostdeutsch‘. Nicht um die Sprache geht es, sondern um den

¹⁰² Vgl. z.B. Hellmann 1980, S. 523

¹⁰³ Vgl. Schlosser 1991, S. 49, Schlosser 1992, S. 44 und Lerchner 1996, S. 177. Beschrieben wird dieses Phänomen auch als „Sprachgebrauchs-Disglossie“ des durchschnittlichen DDR-Bürgers, als „Sprechen in zwei Zungen“, d.h. als Fähigkeit „im Bedarfsfall *die Parteizunge herauszuhängen*“ als ein „mit ‚selbstverständlicher Unbewußtheit‘ vollzogene[s] reibungslose[s] code-switching [...], das sich situationsabhängig (als eine Art Situalekt) reguliert hat“ (Lerchner 1996, S. 177),

Sprachgebrauch, um die spezifischen Redeweisen, um bestimmte sprachliche Wendungen, um den besonderen Gebrauch einzelner Wörter, um sprachliche Gewohnheiten und Einstellungen, um das unterschiedliche sprachliche Verhalten der Deutschen in Ost und West [...]“.¹⁰⁴

3 Die „Sprache der Wende“

Mit der sog. Wende 1989/90 ging auch eine „Sprachrevolte“¹⁰⁵ einher – wobei das Wort *Wende* allerdings dem offiziellen SED-Diskurs im Herbst 1989 entstammte.¹⁰⁶

Sprachliche Formen des Handelns, etwa Parolen und Transparente, spielten bei der Entstehung und Durchführung der (unblutigen) Revolution eine große Rolle. So richtete sich z.B. die Demonstrations-Losung *Wir sind das Volk und nicht die SED* gegen den Anspruch der SED, die Bevölkerung (allein) zu vertreten bzw. gegen die proklamierte Einheit von Partei und Volk.¹⁰⁷ Die Sprachwissenschaftlerin Ruth Reiher deutet diese Losungen als völlige Umkehr der bisherigen Verhältnisse öffentlicher (politischer) Kommunikation, insofern hier erstmals die Bürgerinnen und Bürger zu den Hauptakteuren der öffentlichen Kommunikation werden und die Inhalte und Formen dieser Kommunikation selbst bestimmen (und damit den Prozess der Meinungsbildung sowie die Neugestaltung der gesellschaftlichen Beziehungen prägen, d.h. den gesellschaftlichen Wandel gestalten).¹⁰⁸ Schlosser charakterisiert diesen sprachlichen und gesellschaftlichen Prozess als „Rückgewinnung einer ungelenkten öffentlichen Sprache“¹⁰⁹. Die Wahrnehmung der Wende (auch) als Sprachbefreiung wird an einer Aussage der Schriftstellerin Christa Wolf in ihrer Rede bei der Ostberliner Demonstration am 4.11.1989 deutlich:

„Wir drehen alte Losungen um, die uns gedrückt und verletzt haben, und geben sie postwendend zurück [...] Ja, die Sprache springt aus dem Ämter- und Zeitungsdeutsch heraus, in das sie eingewickelt war, und erinnert sich ihrer Gefühlswörter“.¹¹⁰

¹⁰⁴ Müller 1994, S. 119

¹⁰⁵ Müller 1994, S. 122

¹⁰⁶ Vgl. Schäffner 1992, S. 138

¹⁰⁷ Vgl. Schlosser 1999, S. 184.

¹⁰⁸ Reiher 1992, S. 44

¹⁰⁹ Schlosser 1999, S. 184

¹¹⁰ Zit. n. Girnth 2002, S. 15

3.1 Überblick über die Sprache- und Politikforschung zur „Sprache der Wende“

Die sprachwissenschaftliche Auseinandersetzung mit dem wendebedingten Sprachwandel setzte sofort nach der Wende ein und konstituierte „Die Sprache der Wende“ als neues Forschungsfeld der Sprache- und Politik-Forschung.¹¹¹ Dabei standen zunächst lexikalische Aspekte im Zentrum der Untersuchungen, z.B. Wendespezifika (*Botschaftsflüchtling*, *Trabikarawane*, zu weiteren Beispielen s. Abschnitt 3.2.1), außerdem der Untergang der Verlautbarungssprache sowie Vergleiche zwischen altem und neuem Sprachgebrauch.¹¹² D.h. auch die Spezifika der Sprache der DDR waren – retrospektiv – von Interesse. Dabei wurden nicht nur lexikalische Aspekte, der politisch-ideologische Sprachgebrauch und Strategien der Machtausübung mittels Sprache, sondern auch DDR spezifische Kommunikationsphänomene untersucht, so etwa das Zwischen-den-Zeilen-lesen des sog. Durchschnittsrezipienten.¹¹³ Ein weiteres Forschungsfeld war der Sprachgebrauch der Bürgerbewegungen sowie die bei den Demonstrationen im Herbst 1989 laut gewordenen Losungen.¹¹⁴ Lexikalische Aspekte wurden außerdem hinsichtlich der Verständigungsschwierigkeiten zwischen Ost- und Westdeutschen, bedingt durch (unterschiedliche) Bedeutungs- und Wertungsspezifika, thematisiert.¹¹⁵ Allerdings konstatiert Girnth angesichts einer allmählichen Assimilation des Lexikons Ost/West eine nachlassende Bedeutsamkeit lexikalischer Aspekte in den sprachwissenschaftlichen Untersuchungen zugunsten einer zunehmenden Beschäftigung mit dem unterschiedlichen Kommunikationsverhalten von Ost- und Westdeutschen, z.B. hinsichtlich unterschwelliger Sprachhaltungen, Stile und Redeweisen.¹¹⁶ Zur

¹¹¹ Vgl. z.B. Manfred Hellmanns Aufsatz „DDR-Sprachgebrauch nach der Wende – eine erste Bestandsaufnahme“ aus dem Jahr 1990 (Hellmann 1990).

¹¹² Vgl. Hellmann 1997, S. 19 f. Exemplarisch für diesen vergleichenden Ansatz ist etwa der von Gotthard Lerchner 1992 herausgegebene Sammelband „Sprachgebrauch im Wandel: Anmerkungen zur Kommunikationskultur vor und nach der Wende“ (Lerchner 1996).

¹¹³ Vgl. Girnth 2002, S. 16

¹¹⁴ Vgl. Hellmann 1997, S.20. Siehe beispielsweise folgende Aufsätze im Sammelband „Sprache im Umbruch. Politischer Sprachwandel im Zeichen von ‚Wende‘ und ‚Vereinigung‘“ (Burkhardt/Fritzsche 1992): „Wir sind das Volk. Sprachwissenschaftliche Überlegungen zu den Losungen des Herbstes 1989, „Auf der Suche nach einer neuen Rhetorik. Ansprachen auf den Massendemonstrationen Anfang November '89“.

¹¹⁵ Vgl. Girnth 2002, S. 16

¹¹⁶ Vgl. ebd., S.16. Der von Girnth verwendete Begriff *Assimilation* lässt die Richtung der Anpassung oder Angleichung offen. Dem gegenüber schätzt Reiher diese Entwicklung folgendermaßen ein: „Die [...] Kommunikation in der ‚Kommunikationsgemeinschaft DDR‘ erfuhr eine völlige Auflösung zugunsten der nicht nur größeren, sondern auch anders strukturierten [...] Kommunikationsgemeinschaft ‚Neue Bundesrepublik‘ (Reiher 1997, S. 45), womit sie darauf

Beschreibung und Klärung daraus resultierender Verständigungsproblematiken dienten Textanalysen, Analysen von Kommunikationssituationen (z.B. Bewerbungsgespräche, moderierte Fernsehdiskussionen) und Interviews zur Sicht der Betroffenen (die sog. Sprachbefindlichkeiten).¹¹⁷ Die Zielsetzung dieser Forschungen beschreibt eine Sprachwissenschaftlerin folgendermaßen: „Die Aufgabe [...] besteht darin, für bessere Verstehensbedingungen zu sorgen, d.h. die bisherige Verschiedenheit der Kommunikationskulturen in ihrem soziokulturellen Rahmen zunächst einmal festzustellen und zu beschreiben und so Verständnis dafür zu wecken“¹¹⁸.

Nach diesem kursorischen Überblick über den Gegenstandsbereich der „Sprache der Wende“ richtet sich der Blick nunmehr auf einzelne Phänomene des wendebedingten sprachlichen Wandels.

3.2 Phänomene des wendebedingten Sprachwandels

Im Folgenden werden primär lexikalische Aspekte thematisiert, da diese das augenfälligste Merkmal der sprachlichen Wende darstellten.¹¹⁹ Sprachliche Veränderungen im Zuge bzw. in der Folge der Wende werden in verschiedenen Veröffentlichungen unterschiedlich systematisiert, z.B. nach zeitlichen Aspekten (Vorwendezeit, Wendezeit, Nachwendezeit), nach regionalen Gesichtspunkten (ost- bzw. westwärts gewanderte Wörter), nach Themengebieten (Institutionenvokabular, Wirtschaftsvokabular usw.). Da es hier darauf ankommen soll, die Grundtendenzen des sprachlichen Wandels zu erfassen, werden die im Folgenden dargestellten Beispiele nach drei Gesichtspunkten gegliedert: 1. Der sog. Wende-Wortschatz im engeren Sinne, 2. das Verschwinden von Wörtern sowie 3. lexikalische Veränderungen im Bereich der DDR durch die Übernahme spezifisch bundesrepublikanischen Vokabulars, sog. neue Wörter.

abhebt, dass die „alte“ Bundesrepublik „in keiner Weise“ (ebd., S. 43) vom Sprachwandel betroffen gewesen sei.

¹¹⁷ Vgl. Fix 1997, S. 36

¹¹⁸ Ebd., S. 35

¹¹⁹ Vgl. auch die Aussage Norbert Dittmars, das Lexikon sei der „spektakulärste Untersuchungsgegenstand“ (Dittmar 2001, S. 114) der Forschungen zum Sprachgebrauch nach der Wende gewesen. Auch Reiher weist darauf hin, dass lexikalische Untersuchungsansätze neben textsortenspezifischen und gesprächsanalytischen am häufigsten gewählt wurden – auch weil

3.2.1 Wende-Wortschatz

Bereits in der sog. *Vorwendezeit* (diese Bezeichnung zählt selbst zum Wende-Wortschatz), d.h. dem Frühjahr und Sommer des Jahres 1989, drangen zunehmend Wörter aus dem oppositionellen Diskurs (etwa aus Aufrufen, Resolutionen oder Flugblättern von kirchlichen Gruppen, Künstlern und Gewerkschaftern) in den öffentlichen Sprachgebrauch der DDR ein, z.B. *Wahlbetrug*, *Entmündigung der Bürger* oder der Rosa Luxemburg zitierende Slogan *Freiheit ist immer die Freiheit der Andersdenkenden*.¹²⁰ Dieses verstärkte sich insbesondere seit der mit der Öffnung der Grenzen zwischen Ungarn und Österreich einsetzenden massenhaften Flucht von DDR-Bürgern bzw. der Flucht in die bundesrepublikanische Botschaft in der Tschechoslowakei. Zwar konnte diese massive Fluchtbewegung in offiziellen Nachrichtentexten nicht verschwiegen werden, die Flüchtenden wurden jedoch nicht als *Flüchtlinge*, sondern als *Verführte* bzw. *Verräter* bezeichnet. Demgegenüber deutete der oppositionelle Diskurs die Massenflucht als Symptom der *Krise* der DDR bzw. bewertete sie mit Wörtern wie *Trauer* und *Verlust*.¹²¹

Zentrale Wörter der unmittelbaren Wendezeit waren z.B.

Bürgerbewegungen, *Montagsdemo*, *Dialog*, *Erneuerung*, *aufrechter Gang*, *friedliche* bzw. *sanfte Revolution*, *Wende* und *Wendehals*, *Mauerspecht*, *Blockflöte*, *Runder Tisch*.¹²²

Als Spezifika der Nachwendezeit (etwa bis 1993) werden beispielsweise

Einheit, *Einigungsvertrag*, *Vereinigung/Wiedervereinigung*, *alte* und *neue Bundesländer*, *zusammenwachsen* (nach dem Ausspruch Willy Brandts, es wachse zusammen, was zusammen gehöre), *Anschluß*, *Beitritt(sgebiet)*, *Währungsunion*, *Treuhand*, *Vereinigungskriminalität*, *Besserwessi*, *Jammerossi*, *abwickeln* und *Abwicklung*, *blühende Landschaften*, *Aufschwung Ost*, *Stasi(-auflösung)*, *alte Seilschaften*

genannt.¹²³ Als wendetypisch und das Vokabular der friedlichen Revolution prägend wird außerdem der Gebrauch von Wörtern aus dem emotionalen und ethisch-moralischen Bereich wie

Verantwortung und *Würde*, *Hoffnung* und *Enttäuschung*, *Sprachlosigkeit* und *Dialog*, *Traum/Utopie* und *real existierend*

„der Wortschatz am sensibelsten auf Veränderungen des gesellschaftlichem Umfeldes reagiert“ (Reiher 1997, S. 43).

¹²⁰ Vgl. Müller 1994, S. 122 und Ludwig 1992, S. 66

¹²¹ Vgl. Hopfer 1991, S. 116-119. Hopfer zufolge entspricht dieses Eindringen alternativer Begrifflichkeiten in den öffentlichen Sprachgebrauch dem Besetzen von Begriffen der politischen Kommunikation, welches aber an das Besetzen von öffentlichen Plätzen, d.h. konkret z.B. die Massendemonstrationen im Herbst 1989, zu dem Zweck, sich im öffentlichen Raum Gehör zu verschaffen, gebunden sei (vgl. ebd., S. 112). Siehe dazu auch das Verständnis Josef Kleins, nach dem das Besetzen von Begriffen als „primär kommunikationsstrategischer Akt“ (Klein 1991, S. 48) aufgefasst wird.

¹²² Vgl. Müller 1994, S. 123, Hellmann 1997, S. 20 und Fraas 1990, S. 597

¹²³ Vgl. Müller 1994, S. 123-125 und Hellmann 1997, S. 20.

charakterisiert.¹²⁴

Bei den Wörtern des Wende-Wortschatzes handelt es sich nur zum Teil um neue Wörter, überwiegend stellen die genannten Wörter neue Wortbildungen (z.B. Komposita) dar bzw. Wörter, Wortgruppen und Wendungen, deren Bedeutung erweitert oder verändert wurde.¹²⁵ Claudia Fraas weist darauf hin, dass der Begriff Wende-Wortschatz insofern zu relativieren sei, als viele Lesende jeweils nur zeitweilig, in Form von Lexik-Schüben zu bestimmten Entwicklungsstadien der Wende aktuell waren.¹²⁶

Ein sprachliches Spezifikum der Wende-Zeit stellen außerdem die politischen Losungen der Oppositionsbewegung dar, so z.B. aus der ersten nicht staatlich organisierten Massenkundgebung vom 4. November 1989 in Berlin:

Ohne Opposition keine Demokratie / SED allein – das kann nicht sein / Privilegien für alle / Wir sind das Volk (zum Teil mit Ergänzungen wie *gehen solltet ihr / und wir sind Millionen*) / *Egon, wir haben einen Plan.*¹²⁷

Teilweise bezogen sich diese direkt auf Muster der bisherigen Parteisprache, etwa durch „gewendete Losungen“¹²⁸, welche alte DDR-Parolen ironisierten: Bei *Die große Wende in ihrem Lauf/halten weder Ochs noch Esel auf* handelt es sich um die Aufnahme des Schlussreims aus einer Erklärung Honeckers (vom August 1989) *Den Sozialismus in seinem Lauf/hält (sic) weder Ochs noch Esel auf.*¹²⁹

3.2.2 Das Verschwinden von Wörtern

Mit dem Untergang der DDR verschwinden aus dem Sprachgebrauch für das politische und ökonomische System der DDR spezifische Wörter wie z.B.

¹²⁴ Vgl. Hellmann 1997, S. 22. Hellmann spricht hier von einer Rückeroberung dieser Wörter durch Bürgerbewegung und Medien.

¹²⁵ Vgl. Fraas 1990, S. 596 und Ludwig 1992, S. 64. Ludwig zeigt am Beispiel des Grimmschen Wörterbuchs, dass die Bedeutung des Worts Wendehals im Sinne von politischem Anpassler oder Wender (wie es in der Zeit der Wende gebraucht wurde), eine Aktualisierung einer aus dem 17. Jahrhundert stammenden Bedeutung darstellt (vgl. Ludwig 1992, S. 62).

¹²⁶ Vgl. Fraas 1990, S. 597. Von Fraas verzeichnete Lexik-Schübe sind die Zeit vor der Maueröffnung, nach ihrem Fall, der Ausgang der letzten Volkskammerwahl im März 1990, die Währungsunion im Juli 1990, der Beitritt der DDR zur Bundesrepublik im Oktober 1990 (vgl. ebd., S. 597f.).

¹²⁷ Vgl. Reiher 1992, S. 48-53

¹²⁸ Müller 1994, S. 123

¹²⁹ Vgl. Schlosser 1999, S. 186. Schlosser hat heraus gestellt, dass Ironisierungen offizieller Terminologie schon ein typisches Merkmal der Alltagskommunikation in der DDR waren (als kritische Auseinandersetzung mit der herrschenden, oktroyierten Ideologie) (vgl. Schlosser 1991, S. 49).

*Politbüro, Zentralkomitee, Bruderland, Fünfjahresplan, Brigade, Kollektiv, Werktätige, Planerfüllung.*¹³⁰

Außerdem entstehen Tabuisierungen hinsichtlich solcher Wörter, die durch den Sprachgebrauch der SED „verschlissen“ waren, etwa *Solidarität, Friede, Sicherheit.*¹³¹

Daneben wird in der sprachwissenschaftlichen Forschung schon sehr bald nach der Wende (1991) das Verschwinden der Verlautbarungssprache konstatiert:

„[W]as nicht bleiben wird, was schon jetzt nicht geblieben, ja was völlig verschwunden ist [...]: das von der diktatorischen Staatspartei oktroyierte stereotype schwarzweißfärberische Schablonendeutsch [...]“¹³².

Die von Hellmann 1990 vorgelegte „erste Bestandsaufnahme“ zum DDR-Sprachgebrauch nach der Wende liest sich hinsichtlich der nicht mehr vorkommenden Wörter und Wendungen wie ein Spiegelbild der in Abschnitt 2.2.3 dargestellten Beispiele, wie folgende Aussage exemplarisch zeigt:

„Kein Bündnis ist mehr *fest, unerschütterlich* oder *unauflöslich*; keine *Reihen* gilt es zu *festigen* und zu *sichern*, die *Einheit* und *Geschlossenheit* der Partei oder *aller fortschrittlichen/antiimperialistischen/antikapitalistischen* Kräfte [...] ist nicht mehr zu *verwirklichen* [...]. Mängel werden nicht mehr kaschiert durch aktivierende, schönfärberische Wendungen wie *Reserven noch besser erschließen* [...]. Attribute wie *vertrauensvoll* [...], *initiativreich* [...], *schöpferisch* [...] sind nahezu oder ganz verschwunden, ebenso der *sozialistische Wettbewerb*, die *Neuererbewegung*, die *Ehrentitel* und *Auszeichnungen* [...]“¹³³.

3.2.3 Neue Wörter

Bei den hier als neu bezeichneten Wörtern handelt es sich um solche, die nur für den Sprachgebrauch im Osten neu waren, also sog. (aus dem Westen) ostwärts gewanderte Wörter.¹³⁴ Dazu zählten vor allem Wörter aus den Sachbereichen Politik, Wirtschaft, Verwaltung in der Folge der Übernahme des bundesrepublikanischen Politik- und Wirtschaftssystems:

Beispielsweise aus dem Institutionenvokabular *Parlament, Bundestag, Parlamentarier, Koalitionsregierung*, aus dem Wirtschaftsvokabular *Joint Venture, Arbeitgeber, Marketing, Kapitalanlagen, Rendite, Tarifverhandlung, Kurzarbeitergeld, Unternehmergewinne, betriebliche Mitbestimmung, Betriebsrat*, aus dem administrativen Bereich *ABM, BaföG, Finanzamt, Erziehungsgeld, Steuerfreibetrag.*¹³⁵

¹³⁰ Vgl. Müller 1994, S. 127, Dittmar 2001, S. 114 und Hellmann 1990, S. 267

¹³¹ Vgl. Hellmann 1997, S. 20

¹³² Kinne 1991, S.54

¹³³ ebd., S. 266 f.

¹³⁴ Bauer zufolge handelt es sich hierbei um westdeutsche Altlexeme, d.h. Wörter, „die im westlichen Teil Deutschlands bereits längere Zeit gebräuchlich waren“ (Bauer 1993, S. 154).

¹³⁵ Vgl. Müller 1994, S. 128, Ludwig 1992, S. 65 und Hellmann 1990, S. 267. Diese übernommenen westdeutschen Wörter und Wendungen bzw. die von ihnen bezeichneten Sachverhalte waren z.T. für die DDR-Bürgerinnen und -bürger erklärungsbedürftig und in Zeitungen erschienen regelmäßig Rubriken zur Erläuterung (vgl. Müller 1994, S. 128).

Neuerungen in Ost und West stellten außerdem die nach der staatlichen Vereinigung verwendeten Bezeichnungen zur Unterscheidung der beiden Gebiete dar, z.B.

Altbundesrepublik, Altbundesländer, alte BRD, westdeutsche Bundesländer, Westdeutschland gegenüber *neue Bundesländer, ostdeutsche/östliche Bundesländer, Ostdeutschland, ehemalige DDR, Ex-DDR*.¹³⁶

Reiher weist darauf hin, dass insbesondere ideologisch geprägte Ausdrücke sehr schnell einer Desynonymisierung, d.h. der Verdrängung oder Eliminierung zugunsten des westdeutschen Synonyms anheim fielen, als „klassisches“ Beispiel führt sie die Ersetzung von *Kollektiv* durch *Team* an.¹³⁷ Diese Desynonymisierung sieht sie begründet in der „bewussten Distanzierung von allem, was an sozialistische Lebensweise erinnert“¹³⁸.

Auch der von Schlosser erwähnte Unwillen politischer Neugründungen nach der Wende (z.B. *Neues Forum, Demokratischer Aufbruch*), sich *Partei* zu nennen, ist als sprachliche Manifestation der Distanzierung zum alten Regime zu deuten, insofern das Wort eben Assoziationen an die Partei der DDR, die SED, weckt.¹³⁹

Eine weitere Tendenz sprachlicher Neuerungen war außerdem die recht schnell einsetzende Enttabuisierung von bislang in der DDR unerwünschten Wörtern, beispielsweise aus der in der DDR behinderten Umweltdiskussion (*Waldsterben, Giftmüll*) oder der bislang negierten rechtsradikalen Szene der DDR (*Skins, Faschos, Neonazis*).¹⁴⁰ Um eine Enttabuisierung handelt es sich im Grunde auch beim dem Wende-Wortschatz zugerechneten Wort *Stasi* und den vielfältigen Wortbildungen wie *Stasi-Akten, -vergangenheit, -mitarbeiter* usw., denn dieses Wort kam zumindest im öffentlichen Sprachgebrauch der DDR überhaupt nicht vor.¹⁴¹

¹³⁶ Vgl. Ludwig, S. 65f.

¹³⁷ Vgl. Reiher 1997, S. 46

¹³⁸ ebd., S. 46

¹³⁹ Vgl. Schlosser 1999, S. 190

¹⁴⁰ Vgl. Hellmann 1997, S. 73

¹⁴¹ Vgl. Kinne 1991, S. 50. Im Gegensatz dazu kam *Stasi*, wie Kinne schreibt, im privaten Bereich „aber wohl um so häufiger“ (ebd.) vor.

3.3 Zusammenfassung

Neben den Wortschatzspezifika der Wende im engeren Sinne (d.h. den Wörtern und Wendungen, die im Zusammenhang der Maueröffnung 1989, der Währungsunion und Wiedervereinigung 1990 den öffentlichen Sprachgebrauch bestimmten) sind zwei Haupttendenzen des sprachlichen Wandels bestimmt worden: das Verschwinden des DDR spezifischen Wortschatzes insbesondere der Bereiche Politik, Wirtschaft und Ideologie sowie das Einströmen ehemals BRD spezifischen Wortschatzes nach Osten. In der sprachwissenschaftlichen Auseinandersetzung werden als Besonderheit des wendebedingten Sprach- und Sprachgebrauchswandels (v.a. in Bezug auf die öffentliche Sprache) drei Merkmale hervor gehoben: 1. seine Geschwindigkeit , 2. seine Rigorosität (er erfasst Wortbestand, Sprachgebrauch und Sprachbewusstsein und erstreckt sich auf alle Bereiche des öffentlichen Lebens: Politik, Justiz, Handel, Wirtschaft, Verwaltung, Schule) und 3. seine Einseitigkeit (die Kommunikationskultur der DDR übernimmt die kommunikativen Strukturen der Bundesrepublik).¹⁴²

Der sprachliche Wandel erstreckte sich nicht allein auf den politischen oder ökonomischen Bereich, sondern auch auf alltagssprachliche Lexeme. Zwar blieben Wörter wie *Broiler* (als Synonym des bundesdeutschen *Hähnchens*), *Kaufhalle* (statt Supermarkt) und DDR spezifische Wendungen wie *orientieren auf*, *Zielstellung*, *angedacht* „wenderesistent“.¹⁴³ Andererseits aber strömten im Zuge des politischen, ökonomischen, gesellschaftlichen und kulturellen Wandels auch Bezeichnungen für bis dahin nicht existierende Einrichtungen, Gegenstände und Sachverhalte in das Gebiet der DDR ein, wie z.B. *Bodybuilding*, *Konfirmation* (statt *Jugendweihe*), *Spielothek*, *Videoworld*, *Hamburger*, *Workshop* sowie eine Vielzahl von (für den westlichen Sprachgebrauch typischen) Anglizismen (z.B. *Carsharing*, *Kids*, *Outfit*)¹⁴⁴. Umgekehrt gingen alltagssprachliche Lexeme wie *Intershop*, *Ingenieurhochschule*, *Delikatladen* zusammen mit den entsprechenden Denotaten unter.¹⁴⁵

Wenn also Sprache und Sprachgebrauch der DDR eine Auflösung bzw. Assimilation zugunsten westdeutschen Sprachgebrauchs erfuhren, so verzeich-

¹⁴² Vgl. Fix 1997, S. 34 f. und Hellmann 1990, S. 270-273

¹⁴³ Vgl. Hellmann 1997, S. 20. Diese sprachliche Beharrung wird auch als Ausdruck wiedererstarkenden Selbstbewusstseins der Ostdeutschen bzw. der sog. Ostalgie gedeutet.

¹⁴⁴ Vgl. Müller 1994, S. 128

neten Sprachwissenschaftler jedoch in den 1990er Jahren noch Verständigungsprobleme zwischen und Ost- und Westdeutschen, z.B. aufgrund der Polysemie von Wörtern wie *Arbeiter*, *Bewusstsein* oder *Initiative*, die – systembedingt – in West- und Ostdeutschland Unterschiedliches bedeuteten und deren zumeist unbewusste, unterschiedliche Konnotationen fortwirkten.¹⁴⁶ Insbesondere für den im DDR-Leben zentralen Bereich der Ökonomie verzeichnet Schlosser sog. mentale Interferenzen, die beim Gebrauch des neuen wirtschaftsbezogenen Vokabulars auftreten, d.h. Überschneidungen von altem und neuem Sprachgebrauch, bedingt durch die jahrzehntelange Prägung planwirtschaftlicher Denkmuster.¹⁴⁷ Ausdrücklich gewürdigt wird in diesem Zusammenhang der Beitrag der Untersuchungen zur Sprache der DDR, insofern die Kenntnis der ideologischen und propagandistischen Terminologie auch alltagssprachlich fortwirkende negative Konnotationen und Tabuisierungen erhellen kann.¹⁴⁸

4 Resümee

Dass die „Sprache der Wende“ von Protagonisten der politisch-gesellschaftlichen Ereignisse im Herbst 1989 als Gegenentwurf zur „Sprache in der DDR“ und insoweit die Wende selbst als (politisch konnotierte) Sprachbefreiung verstanden wurde, zeigt, dass die beiden Themenbereiche auch über den unmittelbaren historischen Zusammenhang hinaus inhärente Verknüpfungen aufweisen.

Allerdings waren die sprachlichen Erscheinungen der Wende überwiegend eher kurzlebig und dürften jenseits dieses historischen Zusammenhangs kaum noch Bestand haben. Die über die Wendespezifika hinaus gehenden sprachlichen Folgen, der Untergang des DDR spezifischen Sprachgebrauchs sowie des politischen, ideologischen und wirtschaftlichen Vokabulars und die Übernahme

¹⁴⁵ Vgl. Fraas 1990, S. 596

¹⁴⁶ Vgl. Müller 1994, S. 31 und Hellmann 1997, S. 23

¹⁴⁷ Vgl. Schlosser 1992, S. 45-47. So schwingt in der Äußerung eines DDR-Wirtschaftsexperten von 1990, alles werde besser, wenn man in der DDR „nach der Marktwirtschaft planen“ könne, die zentralplanwirtschaftliche Bedeutung, die die Wörter Plan und planen in der DDR hatten, deutlich mit (vgl. ebd., S. 46).

¹⁴⁸ Schlosser 1991, S. 11 f.

bundesdeutschen Wortschatzes und Sprachgebrauchs, zeigen, dass die sprachliche Entwicklung analog der politischen erfolgte (d.h. der Vereinigung in Form des Beitritts der neukonstituierten Länder zur BRD). In Bezug auf die Sprache wird demzufolge auch weniger das Zusammenwachsen zweier Sprachkulturen als das Verschwinden der einen zugunsten der anderen konstatiert. Vor diesem Hintergrund wurde die Relevanz sprachwissenschaftlicher Untersuchungen zur Sprache der DDR, wie erwähnt, in der Aufklärung über Verständigungsproblematiken zwischen Ost- und Westdeutschen, die im (zumeist unbewussten) Fortwirken der alten Sprachmuster gründen, gesehen.

Literaturverzeichnis

- Althaus, Hans Peter u.a. (Hg.) (1980): Lexikon der germanistischen Linguistik. Tübingen: Niemeyer
- Antos, Gerd u.a. (Hg.) (2001): Deutsche Sprach- und Kommunikationserfahrungen zehn Jahre nach der „Wende“. Frankfurt/M. usw.: Peter Lang
- Bauer, Dirk (1993): Das sprachliche Ost-West-Problem. Untersuchungen zur Sprache und Sprachwissenschaft in Deutschland seit 1945. Frankfurt/M. usw.: Peter Lang
- Bergmann, Christian (1996): Parteisprache und Parteidenken: Zum Sprachgebrauch des ZK der SED. In: Lerchner 1996, S. 65-84.
- Braun, Peter (1998): Tendenzen in der deutschen Gegenwartssprache. Sprachvarietäten. 4. Aufl., Stuttgart usw.: Kohlhammer
- Burkhardt, Armin/Fritzsche, K. Peter (Hg.) (1992): Sprache im Umbruch. Politischer Sprachwandel im Zeichen von „Wende“ und „Vereinigung“. Berlin, New York: de Gruyter
- Dieckmann, Walther (1980): Sprachlenkung / Sprachkritik. In: Althaus 1980, S. 508-515.
- Dittmar, Norbert (2001): Deutsch-deutsche Sprach- und Kommunikationserfahrungen nach der „Wende“ aus westdeutscher Perspektive. In: Antos u.a. 2001, S. 101-140.
- Drosdowski, Günther (Hg.) (1989): Duden „Etymologie“. Herkunftswörterbuch der deutschen Sprache. Mannheim usw.: Dudenverlag
- Fix, Ulla (1996): Rituelle Kommunikation im öffentlichen Sprachgebrauch der DDR und ihre Begleitumstände: Möglichkeiten und Grenzen der selbstbestimmten und mitbestimmenden Kommunikation in der DDR. In: Lerchner 1996, S. 11-63.
- Fix, Ulla (1997): Die Sicht der Betroffenen. Beobachtungen zum Kommunikationswandel in den neuen Bundesländern. In: Der Deutschunterricht, 1997, H. 1, S. 34-41.
- Fraas, Claudia (1990): Beobachtungen zur deutschen Lexik vor und nach der „Wende“. In: Deutschunterricht, 1990, H. 12, S. 594-598.
- Gärtner, Detlev (1996): Vom Sekretärdeutsch zur Kommerzsprache – Sprachmanipulation gestern und heute. In: Lerchner 1996, S. 117-147
- Girnth, Heiko (2002): Sprache und Sprachverwendung in der Politik. Eine Einführung in die linguistische Analyse öffentlich-politischer Kommunikation. Tübingen: Niemeyer
- Hellmann, Manfred W. (1980): Deutsche Sprache in der Bundesrepublik Deutschland und der Deutschen Demokratischen Republik. In: Althaus 1980, S. 519-527.
- Hellmann, Manfred W. (1989): Zur Verbindung von Sprache, Sprachwissenschaft und zeitgebundener politischer Bewertung am Beispiel deutsch-deutscher Sprachdifferenzierung. In: Klein 1989, S. 297-321.
- Hellmann, Manfred W. (1990): DDR-Sprachgebrauch nach der Wende – eine erste Bestandsaufnahme. In: Muttersprache. 1990, H. 3, S. 266-284
- Hellmann, Manfred W. (1997): Tendenzen der sprachlichen Entwicklung seit 1989 im Spiegel der Forschung. In: Der Deutschunterricht, 1997, H. 1, S. 17-33

- Hellmann, Manfred W. (2001): Das Bild von der ‚Sprache der DDR‘ in der alten Bundesrepublik oder: Haben sie so gesprochen. In: Antos u.a. 2001, S. 57-79
- Hopfer, Reinhard (1991): Besetzte Plätze und „befreite Begriffe“. Die Sprache der Politik der DDR im Herbst 1989. In: Liedtke 1991, S. 111-121.
- Kapferer, Norbert (1992): Von der ‚Macht des Wortes‘ zur Sprache der Macht‘ zur Ohn-Macht der Vernunft. Über die Enteignung der Sprache im real existierenden Sozialismus durch die marxistisch-leninistische Philosophie. In: Burkhardt/Fritzsche 1992, S. 19-40.
- Kinne, Michael (1991): DDR-Deutsch und Wendesprache. In: Der Sprachdienst, 1991, H.2, S. 49-54.
- Klein, Josef (Hg.) (1989): Politische Semantik. Bedeutungsanalytische und sprachkritische Beiträge zur politischen Sprachverwendung. Opladen: Westdeutscher Verlag
- Klein, Josef (1989): Wortschatz, Wortkampf, Wortfelder in der Politik. In: Klein 1989, S. 3-50.
- Klein, Josef (1991): Kann man „Begriffe besetzen“? Zur linguistischen Differenzierung einer plakativen politischen Metapher. In: Liedtke 1991, S. 44-67.
- Lerchner, Gotthard (Hg.) 1996: Sprachgebrauch im Wandel: Anmerkungen zur Kommunikationskultur in der DDR vor und nach der Wende. 2. durchges. Aufl., Frankfurt/M. usw.: Peter Lang
- Lerchner, Gotthard 1996: *Broiler, Plast(e)* und *Datsche* machen noch nicht den Unterschied. Fremdheit und Toleranz in einer plurizentrischen deutschen Sprachkultur. In: Lerchner 1996, S. 169-187.
- Liedtke, Frank u.a. (Hg.) (1991): Begriffe besetzen. Strategien des Sprachgebrauchs in der Politik. Opladen: Westdeutscher Verlag
- Ludwig, Klaus-Dieter (1992): Zur Sprache der Wende. Lexikologisch-lexikographische Beobachtungen. In: Welke 1992, S. 59-68.
- Müller, Gerhard (1994): Der „Besserwessi“ und die „innere Mauer“. Anmerkungen zum Sprachgebrauch im vereinigten Deutschland. In: Muttersprache. Vierteljahresschrift für deutsche Sprache, 1994, H. 2, S. 118-136.
- Pappert, Steffen (2003): Politische Sprachspiele in der DDR. Frankfurt/M.: Peter Lang
- Reich, Hans H. (1968): Sprache und Politik. Untersuchungen zu Wortschatz und Wortwahl des offiziellen Sprachgebrauchs in der DDR. München: Max Huber Verlag
- Reiher, Ruth (1992): „Wir sind das Volk“. Sprachwissenschaftliche Überlegungen zu den Losungen des Herbstes 1989. In: Burkhardt/Fritzsche 1992, S. 43-57.
- Reiher, Ruth (1997): *Drei-Raum-* versus *Drei-Zimmerwohnung*. Zum Sprachgebrauch der Ostdeutschen, In: Der Deutschunterricht, 1997, H. 1, S. S. 42-49.
- Schäffner, Christina: Sprache des Umbruchs und ihre Übersetzung. In: Burkhardt/Fritzsche 1992, S. 135-154.
- Schlosser, Horst Dieter (Hg.) (1991): Kommunikationsbedingungen und Alltagssprache in der ehemaligen DDR. Ergebnisse einer interdisziplinären Tagung. Hamburg: Buske
- Schlosser, Horst Dieter (1991): Ideologie und Alltagssprache. In: Schlosser 1991, S. 47-53

- Schlosser, Horst Dieter (1991): Notwendige Rückblicke auf eine historisch gewordene Kommunikationsgemeinschaft. In: Schlosser 1991, S. 7-15.
- Schlosser, Horst Dieter (1992): Mentale und sprachliche Interferenzen beim Übergang von der Zentralplanwirtschaft zur Marktwirtschaft. In Welke 1992, S. 43-58.
- Schlosser, Horst Dieter (1999): Die deutsche Sprache in der DDR zwischen Stalinismus und Demokratie. Historische, politische und kommunikative Bedingungen. 2. akt. Aufl., Köln: Verlag Wissenschaft und Politik
- Welke, Klaus u.a. (Hg.) (1992): Die deutsche Sprache nach der Wende. Hildesheim usw.: Georg Olms Verlag